



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. März 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

P 820 Postulat Meier Anja und Mit. über einen angemessenen Solidaritätsbeitrag des Kantons Luzern zur Bewältigung der humanitären Krise in der Ukraine / Finanzdepartement

Das Postulat P 820 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 111 zu 2 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Anja Meier hält an ihrem Postulat fest.

Anja Meier: Ich danke Ihnen für die Dringlicherklärung meines Postulats. Wie sehr hätte ich mir gewünscht, ich könnte auch der Regierung für einen Antrag auf Erheblicherklärung danken, nicht unbedingt als Politikerin, sondern einfach als Mensch, der wie zahlreiche andere im Kanton und in diesem Saal in den letzten Wochen mit Fassungslosigkeit und Hilflosigkeit die Berichterstattung aus der Ukraine mitverfolgt hat; als Mensch, der wie zahlreiche andere angesichts dessen, was wir bis zum 24. Februar 2022 für unvorstellbar gehalten haben, zumindest im Rahmen unserer beschränkten Möglichkeiten das Menschenmögliche tut; als Mensch, der 2019 für ein halbes Jahr in St. Petersburg gelebt hat und dort Menschen wie Maria kennenlernen durfte, die mir heute schreibt, dass sie hoffe, dass meine Regierung härtere Sanktionen gegen ihre Regierung ergreift, die sie nicht demokratisch wählen konnte. Oder die ukrainische Mitbewohnerin Irina aus dem Studentenheim, die auf Bilder einer Luzerner Friedenskundgebung antwortet, dass sie das Solidaritätszeichen aus der fernen Schweiz von Menschen, die sie noch nie gesehen hat, berührt und ihr Hoffnung gibt. Das sind alles Menschen in der Ausbildung, deren Leben von einem Tag auf den anderen auf den Kopf gestellt wurde. Wir sind gleich alt und vielleicht im Alter Ihrer Kinder. Europa, die Schweiz und unser Kanton sind derzeit mit der Planung und Organisation der Aufnahme von Kriegsgeflüchteten über die normalen Belastungsgrenzen hinaus gefordert. An dieser Stelle möchte ich es nicht unterlassen, den involvierten Personen aus der Verwaltung für die immense Arbeit ausdrücklich zu danken. Den wirklichen Leistungsausweis kann der Kanton Luzern erbringen, wenn wir jetzt über das Minimum hinaus ein Zeichen setzen und miteinander ein Stück weiter gehen, indem wir wie unzählige Menschen, Unternehmen, Hotels, Gemeinden, Kantone und Staaten Haltung und Herz zeigen. Die Regierung hatte aber bei der Festlegung des Betrags für humanitäre Soforthilfe auf 29 Rappen pro Person dieses Gespür leider nicht. Kantone von geringerer wirtschaftlicher und demografischer Grösse und sogar mehrere Luzerner Gemeinden spenden pro Einwohnerin und Einwohner im Vergleich zu unserem Kanton ein Vielfaches. Wir sind zu Recht stolz auf unsere humanitäre Vergangenheit. Eine humanitäre Gegenwart wäre für mich, wenn wir als gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter rückblickend sagen können: Doch, wir haben in dieser beispiellosen humanitären Tragödie, über die unsere Enkelkinder in der Schule noch sprechen werden, in einem Moment, als wir es in der

Hand hatten, Haltung und Herz gezeigt. Es gibt ein russisches Sprichwort, das auf Deutsch besagt «Freunde erkennt man im Unglück.» 1 Franken pro Person beendet den Krieg in der Ukraine nicht, aber 1 Franken pro Person hat eine ungeheure Symbolkraft. Mit 1 Franken pro Person zeigt auch der Kanton Luzern Haltung und Herz. Mit 1 Franken pro Person gibt er sich in diesem Unglück als Freund von all diesen Menschen zu erkennen, die sich in der Ukraine und weltweit für Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Frieden einsetzen für Menschen wie eine Maria oder eine Irina. Ich danke Ihnen, wenn Sie das Postulat erheblich erklären und in diesem Moment Haltung und Herz zeigen.

Riccarda Schaller: Das Zeichen der Solidarität: 1 Steuerfranken pro Luzernerin und Luzerner für Menschen, die unfreiwillig und unschuldig in der Situation sind, dass sie ihre und irgendwie auch unsere Freiheit, demokratische Werte und globale Stabilität verteidigen. Das fordert Anja Meier zu Recht, findet die GLP. Es geht um Menschen, die sich vor der grausamen Gewalt des Angriffskriegs Russlands in Sicherheit bringen müssen. Es geht um Hilfe für Menschen, die ihre gesamte Lebensgrundlage zum Teil vollständig verloren haben. Wir alle haben die Bilder des Krieges vor Augen. Sie schockieren, sie machen betroffen und irgendwie auch hilflos. Die Regierung hat sehr schnell gehandelt und ist mit sehr viel Engagement und Kraft dabei, das Nötigste zu tun, um die Voraussetzungen zu schaffen, damit wir eine rasche Aufnahme und Integration der Flüchtenden ermöglichen können. Das ist eine Herkulesaufgabe nur schon in Malters, das einige Flüchtende aufnimmt. Die Regierung hat auch kommuniziert, dass sie 120 000 Franken aus dem Lotteriefonds spenden will. Sie anerkennt damit die Notwendigkeit, auch ein finanzielles Zeichen der Solidarität zu setzen. Das ist erfreulich, denn Solidarität ist ein wichtiger Grundwert. Ohne Solidarität gibt es keine Gesellschaft, die bestehen kann, und ohne dass wir Verantwortung für Schwächere übernehmen, kann keine Gesellschaft Freiheit oder Wohlstand erlangen. Es ist darum auf jeden Fall eine Aufgabe des Kantons als Vertreter der Gesellschaft, das Zeichen der Solidarität zu setzen. So weit scheint das auch die Regierung gleich zu sehen. Nur was genau senden wir mit den 120 000 Franken für ein Zeichen aus? Humanitäre Hilfe ist eine wichtige Schweizer Tradition, das Recht auf Leib und Leben ist ein Menschenrecht, das im Moment mit Füßen getreten wird genauso wie das Völkerrecht. Es braucht sehr viele finanzielle Mittel, um zu helfen. Die Rede ist von über 8 Millionen Flüchtenden in verschiedene europäische Länder, 50 000 davon in die Schweiz. 120 000 Franken stechen vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der guten finanziellen Lage des Kantons Luzern und auch im Vergleich zu den Spendenbeiträgen unserer Nachbarkantone nicht gerade heraus. Das Postulat von Anja Meier ist deshalb wichtig. Wenn wir ein Zeichen der Solidarität setzen wollen, sollten wir das richtig tun. Die Not ist sehr gross, und der Kanton Luzern ist dazu in der Lage. Ich appelliere deshalb in dieser Notsituation an Ihre Grosszügigkeit. Ich würde es bedauern, wenn unser finanzielles Engagement Zweifel an der Grosszügigkeit des Kantons Luzern aufkommen liesse. Lassen Sie uns das Zeichen der Solidarität setzen.

Stephan Betschen: Die FDP bedankt sich für die schnelle Beantwortung des Postulats P 820, mit dem Anja Meier die Erhöhung der Sofortmassnahmen zur Bewältigung der humanitären Krise im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg verlangt, und zwar von 120 000 Franken auf 1 Franken pro Einwohner des Kantons Luzern, was ungefähr 400 000 Franken sind. Wie schon erwähnt, verursacht dieser sinnlose Krieg grosses menschliches Leid und eine grosse Flüchtlingswelle. Im Gegensatz zum Postulat P 819 werden hier Gelder für lokale Massnahmen gefordert, das heisst in der Ukraine oder in den unmittelbaren Nachbarländern. Der Kanton soll sich dafür einsetzen, dass die Hilfsbereitschaft und Solidarität nicht abflachen. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat bereits 120 000 Franken gesprochen und uns versprochen, die Situation weiterhin zu beobachten. Der Regierungsrat erwähnt auch, dass die wesentliche Unterstützung der betroffenen Bevölkerung nicht in Form von Beiträgen an karitative Organisationen erfolgen soll, sondern durch die Planung, Organisation und Aufnahme von schutzsuchenden Kriegsflüchtlingen im Kanton Luzern mit Massnahmen wie Unterbringung, gesundheitliche Versorgung, Einschulung usw. Die entsprechenden Arbeiten laufen zurzeit und werden lokal

erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen binden. Dennoch ist die FDP der Meinung, dass der Betrag auf 400 000 Franken aufzustocken ist. Aus welchem Topf das Geld schlussendlich kommt, ob aus der Laufenden Rechnung oder dem Lotteriefonds, lassen wir offen. Wir sind uns aber auch bewusst, dass die Gelder nicht ausreichen. Die Unterkünfte, die Integrationsmassnahmen und weitere Hilfen werden ein Vielfaches davon kosten. In diesem Sinn beantragt die FDP-Fraktion, diesem Postulat zuzustimmen.

Hans Stutz: Vor rund einem Monat hat die russische Armee mit dem Angriff auf die Ukraine begonnen. Ab dem ersten Kriegstag sahen sich Tausende, Hunderttausende, ja sogar Millionen von Frauen, Kindern und Männern zur Flucht veranlasst, zuerst innerhalb des Landes, dann in einige Nachbarländer, dann in weitere, meist europäische Länder und auch in die Schweiz und den Kanton Luzern. Der Kanton Luzern hat schnell reagiert, indem er einen Beitrag von 120 000 Franken gesprochen hat. Die G/JG-Fraktion unterstützt den Regierungsrat bei dieser Entscheidung und auch dabei, dass der Regierungsrat die Planung und Organisation der Aufnahme von Schutzsuchenden im Kanton Luzern vorantreibt. Nur genügt das nicht. Ein Beitrag von knapp einer halben Million Franken wird zwar auch nicht genügen, aber er ist dringend notwendig und muss gesprochen werden. Die G/JG-Fraktion unterstützt daher das Postulat und geht davon aus, dass mit diesem Geld Projekte und Organisationen unterstützt werden, die in den Kriegsgebieten und in den Grenzregionen das Elend, das Leid und die Not der Flüchtenden zu lindern versuchen. Eines ist klar: Es wird noch lange dauern, bis alle Menschen, die jetzt auf der Flucht sind, an einem sicheren Aufenthaltsort sind. Es ist auch zu befürchten, dass der Krieg noch länger dauern wird. Das heisst, dass der Kanton Luzern darauf reagieren muss. Er muss unterstützen, auch im internationalen Zusammenhang. Es ist auch klar, dass sich der Kanton Luzern das leisten kann.

Guido Roos: Was aktuell in der Ukraine passiert, ist für uns schier unfassbar. Das für viele von uns Udenkbare wurde leider Realität. Das damit verbundene menschliche Leid macht uns alle sehr betroffen, es lässt sich kaum in Worte fassen. Wir Bewohner der Schweiz, konkret wir Luzernerinnen und Luzerner, sind hier gefordert, nach unseren Möglichkeiten Beiträge zur Verbesserung des grossen Leides zu leisten. Wie die Regierung in ihrer Stellungnahme zum Postulat von Anja Meier schreibt, ist es in dieser Situation der primäre Auftrag des Kantons Luzern, schutzsuchende Kriegsflüchtlinge aufzunehmen. Dazu gehört unter anderem, rasch gute Lösungen für die Unterbringung aller Personen zu finden und auch für die Einschulung der Kinder. Die zuständigen Mitarbeitenden des Kantons Luzern leisten hier unter der Führung des verantwortlichen Regierungsrates Guido Graf sehr gute Arbeit. Sie leisten enorm viel unter einem extremen Zeitdruck. Wir danken ihnen allen dafür herzlich. Um das unsägliche Leid ein wenig zu mildern, ist jetzt vor allem auch Solidarität von uns allen gefordert. Diese Solidarität ist aktuell in unserem Land glücklicherweise sehr gross. Wir danken an dieser Stelle allen Menschen im Kanton Luzern, die aktuell zur Linderung der humanitären Ausnahmesituation viel beitragen. Im Sinn einer Vorbildrolle finden wir es richtig, dass wir jetzt im Kanton Luzern in dieser ausserordentlichen Situation ein Zeichen der Solidarität setzen, und zwar in einem ähnlichen Umfang, wie es unsere Nachbarkantone tun. Die Mitte-Fraktion wird das Postulat unterstützen.

Dieter Haller: Das Postulat von Anja Meier über einen angemessenen Solidaritätsbeitrag des Kantons Luzern zur Bewältigung der humanitären Krise in der Ukraine ist sicherlich gut gemeint, denn es ist klar, dass der Krieg ein unsägliches Leid über die ukrainische Bevölkerung bringt und eine grosse Solidarität erforderlich ist. Einfach bei den anderen Kantonen zu schauen, was für eine Summe sie gesprochen haben, ohne einen Vergleich anzustellen, was mit dem Geld vorgesehen ist, erscheint abenteuerlich, nicht seriös und gehört wohl zum Vorwahlkampf. Wie der Regierungsrat richtig erläutert, sind Hilfsangebote zur Verbesserung der Situation der Menschen notwendig, wie zum Beispiel die Unterstützung der Nachbarländer, um die Menschen bestmöglich zu versorgen. Wichtig ist aber auch, die Menschen bei uns im Kanton Luzern zu empfangen und ihnen Schutz zu bieten. Das entspricht selbstverständlich unseren gesellschaftlichen Werten. Wie lang eine Solidaritätswelle andauern muss, hat mit dem Kriegsleid im bekriegten Land zu tun. So hat

der Regierungsrat als Sofortmassnahme 120 000 Franken gesprochen, nicht wie im Postulat gefordert für karitative Organisationen, bei denen ein Grossteil in der Verwaltung verloren geht, sondern für die Planung und Organisation von schutzsuchenden Kriegsflüchtlingen im Kanton Luzern. Dass es zum Auftrag gehört, die Situation weiter zu beobachten und laufend zu beurteilen, ist klar. Bereits jetzt schon auf Vorrat den finanziellen Rahmen aufzustocken, erachtet die SVP-Fraktion als nicht richtig, weshalb wir das Postulat ablehnen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Über die Tragik dieses Krieges müssen wir uns hier wohl kaum unterhalten, wir sind uns in dieser Frage sicher einig. Selbstverständlich kann man bezüglich des Beitrags einen Vergleich mit anderen Kantonen anstellen; ob das uns in dieser Thematik wesentlich weiterbringt, ist eine andere Frage. Die Summe, die der Kanton Luzern den Hilfswerken bisher zur Verfügung gestellt hat, ist ein Teil unserer Leistung zur Linderung des Leides, das die vom Krieg betroffenen Menschen erleben müssen. Wir haben in unseren Ausführungen auch in Aussicht gestellt, dass wir diesbezüglich die Situation weiter beobachten und analysieren werden. Die tatsächlichen Leistungen, die der Kanton Luzern erbringt, haben wir im Rahmen des Pakets der Anfrage A 813 und der Postulate P 815 und P 819 diskutiert. Im Rahmen dieser Leistungen sprechen wir von einer mindestens siebenstelligen Summe, die aufgewendet werden muss. Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf hat aufgezeigt, wie die verschiedenen Dienststellen unserer Verwaltung in die Arbeit mit einbezogen werden. Die Beurteilung des Postulats aus Sicht der Regierung fiel also nicht wegen des finanziellen Betrags so aus; uns fehlt die Gesamtsicht über die Unterstützung, die der Kanton Luzern hier leistet. Das ist aus unserer Sicht entscheidend.

Der Rat erklärt das Postulat mit 78 zu 27 Stimmen erheblich.